

STEIRISCHES
Jahrbuch
für Politik

KARL / MANTL /
POIER / PRISCHING /
ZIEGERHOFER

böhlau

2017

böhlau

Steirisches Jahrbuch für Politik 2017

Herausgegeben von
Beatrix Karl
Wolfgang Mantl
Klaus Poier
Manfred Prisching
Anita Ziegerhofer

BÖHLAU VERLAG WIEN KÖLN WEIMAR

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2018 by Böhlau Verlag Ges.m.b.H & Co. KG, Wien Köln Weimar
Kölblgasse 8–10, 1010 Wien, www.boehlau-verlag.com

Gesamtredaktion: Klaus Poier, Graz
Veröffentlicht mit Unterstützung des Vereins für Politik und Zeitgeschichte
sowie des Landtagsklubs der Steirischen Volkspartei

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des
Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig.

Umschlaggestaltung: Michael Haderer, Wien
Satz: Bettina Waringer, Wien

ISBN 978-3-205-20027-7

Vorwort

Mit der vorliegenden Ausgabe zum Jahr 2017 erscheint das Steirische Jahrbuch für Politik bereits zum 18. Mal. Es konnte sich als Standardwerk der Dokumentation und Analyse des steirischen Zeitgeschehens, eingebettet in den größeren österreichischen, europäischen und internationalen Zusammenhang, etablieren. Die Herausgeberinnen und Herausgeber legen großen Wert darauf, dass mit dem Steirischen Jahrbuch für Politik eine umfassende und pluralistische Darstellung der wesentlichen Entwicklungen der Politik und Gesellschaft in der Steiermark geboten werden kann, wobei die Kombination von authentischen Darlegungen und zeitnahen, kontextbezogenen Kommentierungen einen vertieften Einblick ermöglichen soll.

Das Steirische Jahrbuch für Politik 2017 ist in sechs Kapitel gegliedert. Zu Beginn steht unter der traditionellen Rubrik „Perspektiven der Zeit“ ein grundsätzlicher Beitrag des im Jänner 2017 angelobten neuen österreichischen Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen, der „Vertrauen“ als die wichtigste Ressource Österreichs betont.

Das zweite Kapitel „Steiermark und Österreich live“ ist – außerhalb der Schwerpunktkapitel – wichtigen Ereignissen bzw. Entwicklungen und ihrer Analyse der österreichischen und steirischen Politik bzw. Gesellschaft im abgelaufenen Jahr gewidmet. An der Spitze stehen Beiträge der Landeshauptleute der Steiermark sowie – neu ins Amt gewählt – von Nieder- und Oberösterreich zu den Entwicklungen im jeweiligen Land. Es folgen die Beiträge von drei Landesregierungsmitgliedern der Steiermark, die ebenso 2017 neue Aufgaben übernommen haben. Weitere Beiträge beschäftigen sich mit der Gesundheitsreform in der Steiermark, der wirtschaftlichen Entwicklung in Österreich, Möglichkeiten der Demokratie-reform, dem 300-Jahr-Jubiläum der Freimaurer und dem sogenannten „Brain Drain“ im Hochschulbereich. Abschließend finden sich ein Beitrag über den Sprachwandel in Österreich sowie ein sehr persönlicher Bericht über eine junge Steirerin, die plötzlich im Rampenlicht steht.

Das dritte Kapitel des Jahrbuchs ist dem wohl bedeutendsten innenpolitischen Ereignis im Jahr 2017 gewidmet, nämlich der Nationalratswahl, dem Wahlkampf, dem Ergebnis und der Regierungsbildung. Neben Politikberatern, Wissenschaftlern und Journalisten wurden für dieses Kapitel die Parteispitzen aller Parlamentsparteien einschließlich der Grünen eingeladen, allerdings blieben manche Einladungen, einen Beitrag zu verfassen, trotz mehrerer Nachfragen leider unbeantwortet.

Im vierten Kapitel – zur Gemeinderatswahl in Graz 2017 – gibt es hingegen erfreulicherweise Beiträge der gesamten Riege der Grazer Parteispitzen, die jeweils aus ihrer Sicht die Wahl, das Ergebnis und die folgende Koalitionsbildung analysieren und bewerten.

Im fünften Kapitel des Jahrbuchs „Religion und Kirchen“ finden sich Beiträge zu 500 Jahre Reformation aus protestantischer und katholischer Sicht. Weiters ist ein Beitrag dem neuen steirischen Bischof in Innsbruck gewidmet. Schließlich sind auch das 800-Jahr-Jubiläum der Diözese Graz-Seckau sowie die aktuelle Debatte um das Kopftuchverbot aus rechtlicher Sicht Themen dieses Kapitels.

Das abschließende sechste Kapitel des vorliegenden Jahrbuchs ist schließlich wieder einem „Welt-Panorama“ gewidmet, mit Beiträgen zum Verhältnis Europa und USA, zum OSZE-Vorsitz Österreichs 2017, zur Bundestagswahl in Deutschland und der Präsidentenwahl in Frankreich sowie zur weltweiten Diskussion unter dem Kürzel #MeToo.

Jahresrückblick, Bildteil sowie Zusammenstellung der Wahlergebnisse seit 1945 finden sich auch im Anhang des Jahrbuchs 2017.

Großer Dank der Herausgeberinnen und Herausgeber gilt den 45 Autorinnen und Autoren dieses Jahrbuch für ihre facettenreichen und spannenden Beiträge. Für die organisatorische und redaktionelle Mitarbeit danken wir ganz besonders Gudrun Bergmayer, Mag.^a Katharina Holzmann, Herta Miessl, Mag. Manuel P. Neubauer, Mag.^a Sandra Saywald-Wedl sowie Mag.^a Daniela Orthaber und Johann Trummer. Unser Dank gilt dem Böhlau Verlag namentlich Dr.ⁱⁿ Claudia Macho sowie Mag.^a Bettina Waringer für die Herstellung.

Wir freuen uns, mit der Ausgabe 2017 des Steirischen Jahrbuchs für Politik wieder eine umfassende pluralistische Darstellung und Analyse der politischen und zeithistorischen Entwicklung in der Steiermark bzw. der Rahmenbedingungen vorlegen zu können. Die Herausgeberinnen und Herausgeber sind stolz auf das qualitativ hochwertige Werk und hoffen wie stets auf entsprechende Resonanz.

Klaus Poier, Gesamtedakteur und Mitherausgeber

Inhalt

Steirisches Jahrbuch für Politik 2017

Vorwort	5
---------------	---

Perspektiven der Zeit

Alexander Van der Bellen

VERTRAUEN – Österreichs wichtigste Ressource	13
--	----

Steiermark und Österreich live

Hermann Schützenhöfer

Miteinander Herausforderungen bewältigen	19
--	----

Johanna Mikl-Leitner

Niederösterreich: Land an der Seite der Menschen	23
--	----

Thomas Stelzer

Neue Perspektiven für Oberösterreich	27
--	----

Christopher Drexler

Ich sehne mich nach Provokation	31
---------------------------------------	----

Barbara Eibinger-Miedl

Aktuelle Schwerpunkte der steirischen Wirtschaftspolitik	35
--	----

Anton Lang

Aktuelle Herausforderungen der steirischen Haushalts- und Budgetpolitik ...	41
---	----

Michael Koren

Reform des Gesundheitswesens in der Steiermark – ein Zwischenbericht ...	45
--	----

Christoph Badelt

Wahlkampf in Zeiten der Hochkonjunktur: Zur wirtschaftspolitischen Diskussion im Jahr 2017	51
---	----

Martin G. Kocher/Klaus Weyerstraß

Zur wirtschaftlichen Entwicklung in Österreich	57
--	----

Stefan Storr

Das Demokratieprinzip: Erwartungen und Möglichkeiten der Fortentwicklung eines Verfassungsprinzips	63
---	----

Karl A. Kubinzky

300 Jahre Freimaurerei: einige Fragen und Antworten	71
---	----

Alexandra Dorfer

Gekommen, um ... weiterzuziehen? Zur internationalen Mobilität von Hochqualifizierten	77
--	----

<i>Helmut Kuzmics</i>	
Und keiner sieht das Krokodil	83
<i>Anna Heimrath</i>	
Ich im Rampenlicht	89

**Nationalratswahl 2017:
Wahlkampf, Ergebnis, Folgen**

<i>Sebastian Kurz</i>	
Ein klarer Auftrag für Veränderung in unserem Land	93
<i>Lambert Schönleitner</i>	
Ursachen einer Bruchlandung	97
<i>Nikola Donig</i>	
NEOS – nicht rechts oder links, sondern vorne	103
<i>Peter Kolba/Sebastian Reinfeldt</i>	
Postdemokratie in Österreich? Die Liste Pilz als Kontrapunkt	109
<i>Heidi Glück</i>	
Die Rolle politischer Beratung im Wahlkampf	115
<i>Klaus Poier</i>	
Nationalratswahl 2017: Ende der dritten Periode der Großen Koalition in der Zweiten Republik	121
<i>Heinz P. Wassermann</i>	
„ÖVP-Jubel im Steirerland“ oder: politisch polarisierte Soziotope	129
<i>Matthias Huber/Stefan Rothbart/Dirk Seybold</i>	
TV-Duelle im Nationalratswahlkampf 2017: Bedeutung, Darstellung, Themen, Wirkung und mediale Rezeption	149
<i>Ernst Sittinger</i>	
Phänomen Kurz – ein österreichisches Spezifikum oder internationaler Trend? . . .	157

Gemeinderatswahl in Graz 2017

<i>Siegfried Nagl</i>	
Graz: Alice im Wunderland	163
<i>Elke Kahr</i>	
Haltung und Hoffnung: Die Grazer KPÖ nach der Gemeinderatswahl 2017	171
<i>Mario Eustacchio</i>	
Das Wahljahr 2017 brachte Graz eine klare bürgerliche Mehrheit	175
<i>Tina Wirnsberger</i>	
Klimawandel in der Stadt: Herausforderung für die Grazer Stadtpolitik	181
<i>Michael Ehmman</i>	
Wendepunkt für Sozialdemokratie und Plädoyer für bunten Diskurs.	185

Nikolaus Swatek

Graz wird pink! Wie NEOS in Graz Fuß fasste und dabei Geschichte schrieb . . . 189

Religion und Kirchen

Hermann Miklas

500 Jahre Reformation – aus evangelischer Sicht 197

Wilhelm Krautwaschl

500 Jahre Reformation aus Sicht der katholischen Kirche 203

Christian Lagger

Geht, heilt und verkündet! Hermann Glettler – Diözesanbischof von
Innsbruck 207

Wolfgang Mantl

800 Jahre Diözese Graz-Seckau 215

Christina Barbara Trapp

Die aktuelle Debatte um das Kopftuchverbot aus rechtlicher Sicht 221

Welt-Panorama

Manfred Prisching

Europa und die USA 227

Christoph Robinson

Österreich als Vermittler – Die österreichische Außenpolitik im Lichte des
OSZE-Vorsitzes 2017 231

Frank Decker

„Österreichische Verhältnisse“? Die Entwicklung des deutschen
Parteiensystems vor und nach der Bundestagswahl 2017 235

Antonia Csuk

Frankreich „en marche“? Persönliche Eindrücke aus Paris 243

Anita Ziegerhofer

#MeToo – The Silence Breakers 249

Anhang

Bildteil 257

Klaus Hatzl

Jahresrückblick 2017 265

Wahlergebnisse seit 1945 293

Autorinnen und Autoren 307

Perspektiven der Zeit

VERTRAUEN – Österreichs wichtigste Ressource

Im Oktober 2017 fand in Österreich eine vorgezogene Nationalratswahl statt, im Dezember wurde die neue Bundesregierung ernannt und angelobt. Zur neuen Regierungskoalition von ÖVP und FPÖ gab es in Österreich selbst, aber auch im Ausland, unterschiedliche Kommentare, positive und viele kritische Stimmen.

Mir als Bundespräsident war es sehr wichtig, zunächst unvoreingenommen ein Vertrauensverhältnis zu den Vertretern der jetzigen Regierungsparteien aufzubauen. Meine Aufgabe in der Begleitung der Regierungsverhandlungen war es, das Gesamtwohl des Staates und die Grundsätze unserer Verfassung im Auge zu behalten.

Nun ist es ja eine Binsenweisheit, dass jede neue Regierung zunächst einmal mit großen Erwartungen konfrontiert ist. Ob sie diese erfüllen kann, hängt von vielen Faktoren ab: von der wirtschaftlichen Entwicklung, vom sozialen Frieden, von motivierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von innovativem Unternehmergeist, aber vor allem auch vom Umgang der Parteien mit der neu gewonnenen Macht – in Österreich selbst und bei Entscheidungen in der Außenpolitik.

Ob Krieg oder Frieden in einer Region herrscht, Flucht und Vertreibung, das hat direkte Auswirkungen auf den Rest der Welt. Auch auf uns.

Europa: Gemeinsam in die richtige Richtung schauen

Die gedeihliche Entwicklung unseres Landes hängt aber vor allem – und es ist mir wichtig, das zu betonen – von einem positiven Vertrauensverhältnis zwischen der Staatsspitze und der Bevölkerung ab, also zwischen Regierenden und Regierten.

Natürlich gibt es immer unterschiedliche Meinungen, was die Definition politischer Ziele und den Weg zur Erreichung dieser Ziele betrifft. Man kann darüber debattieren und sogar ausgiebig streiten. Das ist untrennbar mit einer Demokratie verknüpft. Aber ein „Grundvertrauen“ der Bevölkerung in die politische Arbeit, in die Demokratie und in ihre Institutionen ist unabdingbar. Dieses Vertrauen ist daher aus meiner Sicht eine ganz zentrale politische Ressource. Vor allem dann, wenn es um gesellschaftspolitische Themen geht, wo wir uns wirklich ernsthaft bemühen müssen, *gemeinsam* in die richtige Richtung zu schauen.

Ich möchte nur zwei entscheidende Bereiche herausgreifen:

1. unsere Mitgliedschaft in der Europäischen Union,
2. die Verantwortung Österreichs gegenüber seiner Vergangenheit.

Zum ersten Punkt:

Wir sind nicht nur Österreicherinnen und Österreicher, Steirerinnen und Steirer, Wienerinnen und Wiener usw., sondern auch Europäerinnen und Europäer. Die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, das zeigen alle Umfragen, befürwortet uneingeschränkt unsere Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Sie ist klar pro-europäisch eingestellt.

Meine erste Reise als Bundespräsident führte mich 2017 auch ganz bewusst zuerst nach Brüssel zum Europäischen Rat und zur Europäischen Kommission sowie nach Straßburg ins Europaparlament.

Am 14. Februar 2017 habe ich vor dem Europaparlament gesagt: „Wir sind ein Kontinent des ‚UND‘ und nicht des ‚Entweder-oder‘. Das macht uns auf dieser Erde einzigartig. So verstehe ich mich persönlich seit langer Zeit als Tiroler, Österreicher *und* Europäer. Meine Heimat ist Tirol, Wien, Österreich *und* Europa! Es ist zudem meine tiefe Überzeugung, dass Österreich seine politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen nur in einem Vereinten Europa verwirklichen kann.“ (P.S. Ich würde das übrigens auch als Steirer so sehen, und ich wäre stolz auf dieses Bundesland.)

Ein geeintes Europa ohne Feindschaften, ohne Kriege, ohne Grenzbalken und chauvinistische Abschottungen – das war einst der Traum von Millionen Menschen nach den Verheerungen des Zweiten Weltkrieges. Es war der Versuch, in einer katastrophalen Lage wieder Mut und Zukunftsglauben zu entwickeln.

Es ist gelungen. Daraus wurde im Lauf der Jahrzehnte sogar ein überaus erfolgreiches Friedensprojekt, um das uns viele beneiden.

Nach wie vor ist die europäische Idee groß und großartig. Sie ist geradezu einzigartig in der Welt und sie muss uns alle Mühen wert sein. Vor allem für die Jugend ist die Weiterentwicklung eines offenen, demokratischen, freien und werteorientierten Europa von immenser Bedeutung.

Natürlich sind wir uns alle bewusst, dass der Kontinent heute, im 21. Jahrhundert, angesichts von aufflammenden Nationalismen und kurzsichtiger Eigenbrötlerei um Akzeptanz ringt. Ein Land, Großbritannien, verlässt sogar erstmals die Union. Der Schock sitzt immer noch tief und Europa hat einen neuen Erklärungsbedarf für Attraktivität und Zusammenhalt.

Die Menschen verlangen nach neuen Ideen, nach Esprit und Elan, nach Zuversicht und Perspektiven, nach Freude am Gestalten und Leadership.

Ich bleibe jedenfalls optimistisch. Im Laufe ihrer Geschichte ist die Europäische Union immer wieder gestärkt aus Krisen hervorgegangen. Vieles spricht dafür, dass auch dieses Mal die Chancen gut stehen – weil wir nur zu gut wissen, was auf dem Spiel steht,

wenn der richtige Zeitpunkt zum Handeln, zum entschlossenen Aufbruch in die Zukunft, verpasst wird.

Zukunftsverantwortung durch Erinnerung an dunkle Zeiten

Das führt mich zum zweiten Aspekt, der uns allen heuer ganz besonders wichtig sein sollte. Er heißt Verantwortung durch Erinnerung:

Das Jahr 2018 ist in Österreich einer großen Rückschau in die Geschichte gewidmet. Es ist eine Rückschau, die das Ringen um Freiheit und Demokratie, Menschenrechte und Frieden durch die Jahrhunderte nachzeichnet.

- Wir gedenken des Revolutionsjahres 1848, als um grundlegende bürgerliche Rechte und Freiheiten gekämpft wurde.
- Europa erinnert sich an das Ende des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren.
- Im November feiern wir den 100. Geburtstag unserer Republik. 1918 haben nur wenige Menschen es für möglich gehalten, dass unser Land nach dem verheerenden Ersten Weltkrieg und dem Zusammenbruch der Monarchie überlebensfähig sein würde. Geschweige denn, dass es sich zu einem derart schönen und erfolgreichen Land weiterentwickeln würde, als das es sich heute präsentiert.

Wir gedenken aber auch der dunklen Kapitel unserer Geschichte:

- Heuer jährt sich der sogenannte „Anschluss“ Österreichs an Nazideutschland zum 80. Mal. Heuer ist es genau 80 Jahre her, dass nicht nur am Wiener Heldenplatz Österreicherinnen und Österreicher Adolf Hitler stürmisch begrüßt haben, sondern auch in anderen Teilen Österreichs. Längst lief zu diesem Zeitpunkt bereits die Verfolgungsmaschinerie der neuen Machthaber. Damit und mit dem darauffolgenden Novemberpogrom wurden die dunkelsten Jahre österreichischer Geschichte eingeläutet. Wir erinnern uns daran, dass Österreicherinnen und Österreicher Opfer UND Täter waren.
 - Vor 70 Jahren dann – noch unter dem Eindruck der Schrecken des Zweiten Weltkrieges – nahm die UN-Generalversammlung die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte einstimmig an.
 - Und schließlich erinnern wir uns der 68er-Bewegung, als die Kinder der Kriegsgeneration nach den Verstrickungen ihrer Eltern in den Nationalsozialismus nach Schuld und Verantwortung zu fragen begannen.
- Seitdem hat Österreich schrittweise einen grundlegenden Wandel vollzogen: Auf die Jahrzehnte des Verdrängens und Vergessens folgte ein spätes, schmerzhaftes Erinnern, ein Eingestehen und Annehmen der Mitverantwortung für die während des Nationalsozialismus verübten Verbrechen. Dieser nicht immer einfache Prozess der Aufarbeitung – und vor allem auch der Einsicht – ist noch immer nicht abgeschlossen.

Heuer, im Gedenkjahr 2018, blickt Österreich auf diese bewegten Zeiten zurück – zwar als eine, wie ich glaube, gereifte und starke Republik, die aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt hat. Aber offensichtlich trifft der gesellschaftlich-demokratische Grundkonsens noch nicht in jenem Ausmaß zu, wie wir uns das erhofften. Es bedarf weiterhin des hartnäckigen Aufzeigens und Bekämpfens von Antisemitismus und Rassismus.

Geschichte kann sich wiederholen, wenn wir nicht wachsam sind, wenn wir bedenklischen Tatsachen oder Entwicklungen nicht rechtzeitig mit Bestimmtheit entgegentreten. Wenn heute ein junger Mensch zu mir sagt: „Was geht mich die NS-Vergangenheit an? Könnt ihr nicht endlich damit aufhören?“, dann halte ich entgegen: „Nein, das können wir nicht. Denn wenn du das als Ausrede benutzt, dich nicht mit dieser entsetzlichen Zeit zu beschäftigen, dann läufst du Gefahr, die Zeichen an der Wand nicht zu erkennen, wenn sie bereits sichtbar sind. Glaub nicht, dass die Demokratie unzerstörbar ist, oder gegenseitiger Hass, Verachtung, Ausgrenzung und politische Verblendung als brandgefährliche Mischung nicht wieder kommen können. In einem anderen Kleid, mit einem neuen Gesicht.“

Die Welt wächst zusammen: die globale Schicksalsgemeinschaft

Ich möchte diesen Gastbeitrag nicht beenden, ohne wenigstens in Stichworten noch einen dritten Punkt anzumerken:

Wir sagen oft in Österreich – und das zu Recht –, dass wir stolz sein können auf das Erreichte, auf unseren Wohlstand, auf die wirtschaftlichen Erfolge, auf die schier unbegrenzten Möglichkeiten an Bildungschancen und Lebensmodellen. Das macht das Leben der Jugend in einer Weise interessant wie nie zuvor. Aber auch herausfordernd.

Dank neuer Technologien ist unsere Welt darüber hinaus vernetzt, wie ich mir das in meiner Jugend nicht habe vorstellen können. Wir merken allmählich, dass wir auch ein gemeinsames Schicksal haben, nämlich als Weltgemeinschaft. Wir haben eine gemeinsame Heimat. Es ist unser Planet Erde.

Alles, was wir heute tun oder nicht tun, was wir fördern oder unterlassen, was wir schützen oder vernichten, ob wir nachdenken oder einfach nur gedankenlos nehmen, was immer wir kriegen können – all das hat Auswirkungen auf die nachfolgenden Generationen. Das reicht vom Raubbau an der Natur über die rasante Dezimierung der Tier- und Pflanzenwelt bis hin zu den Folgen des anthropogen verursachten Klimawandels. Das betrifft die solidarische Hilfe für Flüchtlinge ebenso wie eine menschenwürdige Gestaltung der sich abzeichnenden digitalen Arbeitswelt und die Sorge um die Zukunft der älteren Generationen bzw. jenen, die sich aus verschiedensten Gründen nicht mehr selbst helfen können.

Ich finde, unsere Nachkommen sollten stolz auf uns sein, wenn sie unsere Arbeit, unsere Weitsicht, unser Verantwortungsgefühl und unser Engagement für eine gute Zukunft der Weltfamilie einmal bewerten. Die Fundamente dafür werden schon gelegt.

Die Zukunft beginnt heute. Heute ist immer jetzt.

Steiermark und Österreich live

Miteinander Herausforderungen bewältigen

Wirft man zu Beginn des Jahres 2018 einen Blick auf das abgelaufene Jahr 2017, offenbaren sich die vielfältigen Veränderungen, die diese ereignisreichen zwölf Monate mit sich gebracht haben. Eine kurze Rückschau: Wenige Tage nach dem Jahreswechsel präsentiert der österreichische Bundeskanzler, der zu diesem Zeitpunkt Christian Kern heißt, seinen sogenannten „Plan A“. Eine Regierungskrise später wird er sich mit seinem Vizekanzler Reinhold Mitterlehner auf ein neues Regierungsprogramm einigen. Erwin Pröll kündigt nach fast 25 Jahren im Amt seinen Rücktritt als Landeshauptmann Niederösterreichs an. Am 26. Jänner 2017 wird Alexander Van der Bellen nach langwieriger Wahl als Staatsoberhaupt angelobt. Wenige Tage zuvor zieht jenseits des Atlantiks Barack Obama aus dem und Donald Trump als Präsident in das Weiße Haus. Zwar nicht von globaler, aber für die Steiermark von zentraler Bedeutung, ist die Gemeinderatswahl in der Landeshauptstadt Anfang Februar. Siegfried Nagl wird zum vierten Mal gewählt und führt die Landeshauptstadt seither in einer Koalition mit der FPÖ in die Zukunft. Ein turbulenter Start in ein Jahr, das im Zeichen von Umbrüchen und Aufbrüchen stehen wird. Ein Jahr in dem – vermutlich auch bedingt durch die vielen Veränderungen – die Sehnsucht nach einem neuen Stil der Zusammenarbeit besonders deutlich hervortritt.

Überwindung der Lähmung der Republik

Wie sehr Streit und gegenseitige Missgunst innerhalb einer frei gewählten Koalition eine Republik lähmen und notwendige Reformen verzögern können, hat die alte Bundesregierung gezeigt. Der Rücktritt von Reinhold Mitterlehner und die Übernahme der Parteiobmannschaft durch Sebastian Kurz haben einen neuen Stil in die Bundespolitik gebracht. Kurz ist mit dem Versprechen angetreten, einen neuen Weg zu gehen, einen Weg, den wir in der Steiermark in der Reformpartnerschaft und jetzt in der „Zukunftspartnerschaft“ pflegen, nämlich jenen der vertrauensvollen Zusammenarbeit, die über Parteigrenzen hinausreicht und die Interessen des Landes in den Mittelpunkt stellt. Der Zuspruch, den Kurz und die Volkspartei bei der Nationalratswahl im Oktober 2017 erfahren haben, zeigt, wie groß der Wunsch in der Bevölkerung ist, das gegenseitige Anpatzen zu beenden, und

gemeinsam zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger die Zukunft zu gestalten. Viele verkrustete Strukturen, die die Bundespolitik lähmten, konnten in der Steiermark schon vor Jahren aufgebrochen und die notwendigen Reformen umgesetzt werden. Arbeit für die Steiermark ist dabei in der Landesregierung unser zentrales Thema. Die Herausforderungen, die sich aus der voranschreitenden Digitalisierung sowie der damit einhergehenden Globalisierung ergeben, machen es notwendig, alte Denkmuster zu überwinden. Arbeit für die Steiermark sichern und schaffen bedingt es, Arbeit neu zu denken!

Viele Arbeitsplätze, wie wir sie heute kennen, werden verschwinden. Aber eines ist klar: Wenn wir weiterhin einen Fokus auf Wissenschaft, Forschung und Entwicklung legen, wird es auch in Zukunft genügend gute und sichere Arbeitsplätze in unserem Land geben. Es ist und bleibt daher ein Grundsatz der Steiermark: Wir unterstützen die forschungsintensive und entwicklungsgetriebene Industrie. Wir bekennen uns zum Industriestandort Steiermark, denn das schafft steirische Arbeitsplätze! Und nur eine große Zahl von Beschäftigten sichert nachhaltig und langfristig unseren Sozialstaat. Sicherheit und Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Chancengerechtigkeit, all das kann es nur geben, wenn unsere Steirerinnen und Steirer Arbeit haben. Dafür braucht es Verbesserungen für den Wirtschaftsstandort. Damit der Standort an Attraktivität gewinnt, braucht es in erster Linie drei Punkte: bessere Rahmenbedingungen, ein Ende der Regulierungswut und eine Senkung der Lohnnebenkosten. Die bisher präsentierten Vorhaben der neuen Bundesregierung stimmen mich dabei zuversichtlich. Ich hoffe, dass hier endlich die notwendigen Schritte gesetzt werden, damit es in Österreich wieder mehr Unternehmer-Lust statt Unternehmer-Frust gibt.

Steiermark ist Forschungseuropameister

Im Sommer 2017 gab es einen besonderen Erfolg für die Steiermark: Die Forschungsquoten der europäischen Regionen offenbarten schwarz auf weiß die zukunftsorientierte Arbeit. Mit einer Forschungs- und Entwicklungsquote von nunmehr 5,16 % liegt die Steiermark mit großem Abstand an der Spitze aller österreichischen Bundesländer. Und nicht nur das, wir sind DIE Innovationsregion Europas und damit auch international an der Spitze. In keinem anderen Bundesland haben Forschung und Entwicklung einen so hohen Stellenwert wie bei uns. Forschung schafft Arbeitsplätze. In der Steiermark schon heute mehr als in jedem anderen Bundesland. Erst unlängst konnten wir mit dem Silicon Austria Forschungszentrum wieder hunderte Arbeitsplätze in unser Bundesland holen. Wenn wir heute Geld in Forschung und Entwicklung investieren, sparen wir uns die Sozialausgaben von morgen. Wissenschaft, Forschung und Innovation, das ist unsere Fahrkarte in die Zukunft. Die Steiermark besitzt schon heute die meisten Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen außerhalb Wiens und über die Hälfte aller technischen Wissenschaftler Österreichs haben ihren Arbeitsplatz in unserem Land.

Wir wollen sicherstellen, dass alle Steirerinnen und Steirer die gleichen Chancen haben, egal ob in der Stadt oder am Land. Die Gemeindestrukturreform hat die Grundlagen für starke Gemeinden in starken Regionen geschaffen. Das gilt ganz besonders auch für die Kinderbetreuung und die Schulen. Wir haben Ganztagesbetreuung und damit die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie gestärkt. Manche unserer Ortskerne und Bezirksstädte sind vom Aussterben bedroht. Daher setzen wir alles daran, einen Umkehrschub einzuleiten, um diese wieder mit Wohnungen und Unternehmergeist zu beleben. Das Forcieren der Breitbandoffensive ist vor allem Voraussetzung dafür, dass Arbeit und Beschäftigung in den Regionen bleibt.

Die globale Vernetzung und die ständige Weiterentwicklung bringen neue Technologien und damit auch beinahe täglich neue Herausforderungen mit sich. Ich will, dass wir in diesen Herausforderungen Chancen sehen, denn dann wird es gelingen, als Gesellschaft von den Veränderungen zu profitieren. Digitalisierung braucht aber die notwendige Infrastruktur. Dazu zählt in erster Linie eine leistungsfähige und ultraschnelle Anbindung an das Internet. Als 1969 der erste steirische Autobahnabschnitt eröffnet wurde, gab es in ganz Österreich 1,1 Millionen Pkw. Damals hat niemand damit gerechnet, dass es einmal viermal so viele Autos geben wird. Aber man war sich bewusst, dass Wachstum nur dann möglich ist, wenn es eine Infrastruktur gibt, die zukunftsorientiert ist. Heute gibt es in der Steiermark zwei Autobahnen und drei Schnellstraßen. Diese Infrastruktur verbindet Regionen, sie verbindet Menschen. Breitband-Internet ist die Autobahn der Zukunft. Schnelles Internet in der gesamten Steiermark ist nicht nur eine Frage der Chancengerechtigkeit zwischen ländlichen Regionen und dem Zentralraum, es ist vor allem eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass wir der Abwanderung aus dem ländlichen Raum entgegenwirken können. Der Tischler aus der Weststeiermark kann seine hervorragenden Produkte über das Internet in alle Welt verkaufen. Ein Architekt aus dem Gesäuse wird seine Pläne mittels Videokonferenz in New York präsentieren können. Eines ist klar: Breitband-Internet wird in wenigen Jahren so selbstverständlich sein wie Strom. Wir haben das große Glück, in einem Land leben zu dürfen, das – im Herzen Europas gelegen – Heimat sehr vieler talentierter Menschen ist. Wir wollen ihnen die Möglichkeit bieten, sich hier zu entfalten.

Zusammenarbeit aller konstruktiven Kräfte

Eines haben die hier umrissenen Herausforderungen gemein: Es braucht die Zusammenarbeit aller konstruktiven Kräfte und den Blick über den Tellerrand hinaus. Es freut mich, dass es mit Sebastian Kurz nun einen Bundeskanzler gibt, der ausgetretene Pfade verlassen und neue Wege gehen will. Ich will unseren Kindern und Enkelkindern keine Hypotheken, sondern Chancen hinterlassen, dafür braucht es geeinte Kräfte. Die Zusammenarbeit muss nicht nur innerhalb der Landesregierung, sondern auch zwischen der

Landesregierung und der Bundesregierung im Mittelpunkt stehen. Gemeinsam werden wir – unserer Bundeshymne verpflichtet – unser Land und unsere Republik „mutig in die neuen Zeiten“ führen.

Niederösterreich: Land an der Seite der Menschen

Zusammenarbeit über Landesgrenzen hinweg

Wo Menschen in Lebensräumen denken, darf die Politik nicht an den Landesgrenzen Halt machen! Das ist das Credo meiner Arbeit, denn ich bin fest davon überzeugt, dass in der Welt zunehmender Veränderung, in der wir leben, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mehr und mehr an Bedeutung gewinnt. Das gilt für die Zusammenarbeit innerhalb des Landes über Gemeinde-, Bezirks- und Regionsgrenzen hinweg, das gilt aber auch für die Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern Österreichs, insbesondere den Nachbarbundesländern, und das gilt auch für die Zusammenarbeit mit unseren angrenzenden Nachbarstaaten und generell mit den Staaten Europas.

Als Landeshauptfrau ist es mir ganz besonders wichtig, Niederösterreich als Land an der Seite der Menschen zu verstehen und Niederösterreich als Land an der Seite der Menschen zu gestalten und zu führen. Chancen und Herausforderungen gibt es viele. Gerade jetzt und gerade für die kommenden Jahre. Nicht nur für Niederösterreich, sondern auch für Österreich, für Europa und für die ganze Welt.

Eine Herausforderung, mit der alle Staaten gleichermaßen konfrontiert sind, ist die Abwanderung aus den ländlichen Regionen. Immer mehr Menschen zieht es in die Städte, vor allem die jungen. Unsere Aufgabe ist es, den Menschen am Land eine Zukunft zu geben. Sie brauchen eine Perspektive. Moderne Bildung, hochwertige Arbeitsplätze, eine zukunftsfähige Infrastruktur, verlässliche Gesundheitsversorgung, kulturelle und Freizeitangebote – all das sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass unsere ländlichen Räume Zukunftsräume sind und bleiben. In Niederösterreich haben wir uns einiges für die nächsten Jahre vorgenommen, um genau hier anzusetzen. Ich möchte im Folgenden auf einige Punkte näher eingehen:

Schnellere Verkehrswege und kürzere Fahrtzeiten

Ein Thema, die die Menschen – egal ob in der Stadt oder am Land – gleichermaßen bewegt, ist die Mobilität. „Wie komme ich zur Arbeit oder an die Universität?“, „Wie

kommt mein Kind zur Schule?“ oder „Wie gelange ich zum nächsten Arzt, Supermarkt oder Bahnhof?“ Das sind wichtige Fragen des Alltags und das sind vor allem Fragen, die uns alle betreffen. In Niederösterreich haben wir daher schon viel in den Ausbau unserer Straßen und Schienen investiert. Nun ist es an der Zeit, einen Schritt weiter zu gehen:

Unsere Aufgabe ist es, die Verkehrswege schneller und die Fahrtzeiten kürzer zu machen. Deshalb haben wir im Herbst vergangenen Jahres ein Mobilitätspaket geschnürt, mit dem wir 3,3 Milliarden Euro in den Ausbau unseres Straßennetzes, in den öffentlichen Verkehr und in die E-Mobilität investieren. Denn wir wollen die besten Verbindungen für unsere Landsleute – zwischen Stadt und Land und zwischen Arbeit und zu Hause. Dabei braucht es oftmals auch neue Wege und deshalb prüfen wir die Waldviertel-Autobahn und die Verlängerung der U-Bahn ins Wiener Umland. Das ist gerade in einem Land wie Niederösterreich besonders wichtig, denn hier pendeln täglich Zehntausende zwischen Wien und Niederösterreich.

Eines unserer wichtigsten Bauprojekte ist die A5 Nordautobahn, und dabei ist uns die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit unseren tschechischen Nachbarn besonders wichtig, denn für mehr Tempo in der gesamten Region braucht es nicht nur die Bauarbeiten auf niederösterreichischer, sondern auch auf tschechischer Seite. Ein weiteres wichtiges Verkehrsprojekt, bei dem es um Zusammenarbeit über Landesgrenzen hinweg geht, ist die A4 Ostautobahn. Auch hier sind wir intensiv mit dem Burgenland bemüht, die Verkehrssituation für die Bürgerinnen und Bürger zu erleichtern.

Initiative Landarzt zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung

„Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts.“ Dieses Zitat des Philosophen Arthur Schopenhauer könnte nicht besser beschreiben, dass Gesundheit unser größtes Gut ist. Denn, was nützen das schönste Haus, der größte Garten oder das teuerste Auto, wenn man krank ist. Doch Gesundheit wird oft als zu selbstverständlich hingegenommen. Wir werden uns unserer Gesundheit oft erst dann bewusst, wenn sie abnimmt, wenn sich Beschwerden einstellen oder wenn sich Krankheiten ankündigen.

Bei uns im Bundesland Niederösterreich hat das Thema Gesundheit einen hohen Stellenwert und daher sind rund 50 % der Ausgaben in unserem Landesbudget für den Gesundheits- und Pflegebereich reserviert. Wir sehen es als unsere Aufgabe, die Rahmenbedingungen für eine effiziente und bestmögliche Gesundheitsversorgung zu ermöglichen. Das machen wir durch die medizinische Versorgung in den Landeskliniken, die Langzeitpflege und Betreuung in den Pflegeheimen und die flächendeckende Hospiz- und Palliativversorgung. Ein ganz besonderes Anliegen ist es mir, die ärztliche Versorgung in allen Regionen zu gewährleisten, gerade auch im ländlichen Raum. Daher bekennen wir uns zu unseren 27 Klinikstandorten und daher haben wir auch die „Initiative Landarzt Niederösterreich“ gestartet. Das ist ein gezieltes Maßnahmen-Paket, das

die Arbeit für Landärzte in Niederösterreich attraktiver macht und die Versorgung mit Landärzten in allen Regionen unseres Landes garantiert.

Gesundheit kennt keine Grenzen, daher haben wir mit den tschechischen Kreisen Südböhmen, Südmähren und Vysočina einen grenzüberschreitenden Rettungsvertrag abgeschlossen. In der Praxis bedeutet das, dass nun jenes Rettungsteam – ungeachtet der Staatsgrenze – zum Einsatz kommt, das am schnellsten am Einsatzort sein kann. Ein Vorzeigeprojekt grenzüberschreitender Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich ist das Projekt „healthacross“. So konnten etwa im Rahmen des Projekts seit dem Jahr 2008 über 4.000 tschechische Patientinnen und Patienten aus der Grenzregion am Landeskrankenhaus Gmünd ambulant versorgt werden.

Impulse am Arbeitsmarkt durch Beschäftigungspaket

Das wichtigste Anliegen der Menschen ist das Thema Arbeit: Arbeit finden, Arbeit haben, Arbeit sichern. Und was für die Menschen das größte Anliegen ist, muss für uns in der Politik die wichtigste Aufgabe sein. Wir wissen, dass der Wettbewerb immer stärker, härter und internationaler wird. Unsere Aufgabe ist es, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Menschen im Wandel der Technik und Zeit Arbeit im Land haben.

Die Basis, auf der wir aufbauen können, ist in Niederösterreich eine gute: Im Jahresdurchschnitt 2017 waren rund 600.000 Menschen in Beschäftigung und wir konnten das stärkste Beschäftigungsplus seit zehn Jahren verzeichnen. Diese Entwicklung wollen wir fortsetzen. Deshalb investieren wir in den nächsten drei Jahren rund 1,3 Milliarden Euro in zusätzliche Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen. Zudem setzen wir auf Investitionsanreize für die Unternehmen und erleichtern ihnen durch Deregulierungsmaßnahmen die Arbeit. Denn es braucht weniger Bürokratie und mehr Hausverstand.

Ein Problem, mit dem unsere Betriebe zunehmend konfrontiert sind, ist der Mangel an Fachkräften. Wir haben daher eine Lehrlings- und Fachkräfteoffensive gestartet: Erstens starten wir flächendeckend Fachmessen für Lehrberufe, sogenannte „Karriere Clubbings“, wo wir die regionalen Schulen und die regionale Wirtschaft zusammenbringen. Zweitens sollen Karriere-Coaches als kompetente Ansprechpartner Jugendlichen unterstützend und beratend den Zugang zu Lehrstellen, Fördermöglichkeiten und Anrechnungen erleichtern. Und drittens starten wir das Sonderprogramm „NÖ Lehre PLUS“ als Bildungsförderung explizit für Lehrlinge und Auszubildende.

Kinderbetreuung ausbauen, um Familien zu unterstützen

Einen besonderen Stellenwert in Niederösterreich hat die Familie. Wir in Niederösterreich wollen Partner der Familien sein und nicht Vormund der Eltern. Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Kinderbetreuung ein ganz zentrales Thema. In den